

Aus dem Inhalt

dfi analyse

Brexit! – Europa am Scheideweg.
Das deutsch-französische Paar vor
einer historischen Herausforderung
– Seite 1

dfi information

Buchpräsentation in Karlsruhe
– Seite 5

XXXII. Jahrestagung des dfi
– Seite 6

Was macht der Nachbar?
– Seite 7

Frankreich – Deutschland:
Der Neustart des europäischen
Motors – Seite 8

Gute Zusammenarbeit zwischen
der IHK Ludwigsburg und dem dfi
– Seite 9

Kooperieren – aber wie?
– Seite 9

On y va – mehr als eine Förderung
– Seite 10

Automobiltag Tübingen
– Seite 10

Märwertstunde im Deutsch-
Französischen Institut
– Seite 11

„Für ein Frankreichthema eignet
sich kaum ein Ort besser...“
– Seite 11

dfi service

MEGA Programm – Seite 12

Postdoctoriales transfrontalières
vom 7. bis 10. November 2016 in
Luxemburg – Seite 12

Informationen aus dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg

Ausgabe 3 | 2016

Brexit! – Europa am Scheideweg

Das deutsch-französische Paar vor einer historischen Herausforderung



Quelle: wikimedia.org

dfi analyse Am 23. Juni 2016 haben sich die Bürger Großbritanniens und Nordirlands mit knapper Mehrheit für den Austritt aus der Europäischen Union (EU) entschieden. Damit steht die EU vor einer historischen Herausforderung. Zum ersten Mal schickt sich ein Mitgliedsstaat an, vom „Recht auf Austritt“ (Art. 50 EU-Vertrag in der Fassung von Lissabon) Gebrauch zu machen.

Über die Herausforderung hinaus, den „gemeinsamen Besitzstand“ (*acquis communautaire*) an Gesetzestexten und internationalen Abkommen der letzten 59 Jahre (seit den Römischen Verträgen 1957) durch bilaterale Abkommen zu ersetzen, stellen sich fundamentalere Fragen politischer Natur. Viele der in Großbritannien diskutierten Streitpunkte finden sich in den Debatten „für“ oder „gegen“ die EU wieder, die derzeit in nahezu allen EU-Mitgliedstaaten geführt werden und die bereits jetzt zu Spannungen und Konflikten bis hin zu physischer Gewalt führen. Von ihrer Beantwortung hängt die zukünftige Form der EU, ja sogar die Existenz des Staatenverbundes an sich ab. Wie in der Vergangenheit stehen die beiden größten Mitgliedsländer und Volkswirtschaften Frankreich und Deutschland stellvertretend für unterschiedliche Präferenzen

und Antworten. Von der schnellen Definition eines deutsch-französischen Kompromisses hängt deshalb die gemeinsame Handlungsfähigkeit und letzten Endes die Überwindung der Krise ab. Frankreich und Deutschland müssen bei ihrer Kompromissuche die Präferenzen der anderen Mitgliedstaaten respektieren und die Gemeinschaftslogik der EU berücksichtigen, soll ihr Krisenmanagement Erfolg haben.

Zunächst stellt sich die Frage, welche Reaktion auf das Votum vom 23. Juni angemessen ist. Erstens ist das Referendum rechtlich nicht bindend und die wichtigsten Köpfe der Austrittsbewegung spielen im Moment auf Zeit, bevor sie die anderen Europäer „offiziell“ über ihren Austrittswunsch informieren wollen. Erst danach könnten die Austrittsverhandlungen beginnen. Zweitens werden die Austrittsverhandlungen Gelegenheit bieten (bzw. die Notwendigkeit schaffen), sich über den zukünftigen Weg der EU der 27 zu verständigen. Dies sollte auch als Chance gesehen werden, sich über den weiteren Weg klar zu werden. Dabei sehen sich Frankreich und Deutschland mit der Frage konfrontiert, wie sie mit ihren wachsenden Differenzen über die Zukunft Europas umgehen, aber auch, wie sie der wachsenden Zahl der EU-Gegner im jeweils eigenen Land ent-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

gegen treten können. Gleichzeitig legitimiert die große Zustimmung in beiden Ländern zur engen deutsch-französischen Zusammenarbeit in Europa immer noch gemeinsames Handeln. In einer am 29. Juni veröffentlichten repräsentativen Umfrage von Infratest Dimap und TNS-Sofres im Auftrag des Saarländischen Rundfunks sprechen sich 83% der Befragten in Deutschland und 77% in Frankreich für eine noch engere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsländer aus. Jeweils 70% sind für eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Wiedereinführung nationaler Währungen lehnen 71% der Deutschen und 66% der Franzosen ab. 81% der Deutschen und 76% der Franzosen halten die bilateralen Beziehungen für sehr stabil. Im Hinblick auf die Vertretung der eigenen Interessen schätzen jedoch die Franzosen die Deutschen (71%) als merklich egoistischer ein als die Deutschen die Franzosen (59%).

Welche Reaktion auf den Brexit? Die Entscheidung ernst nehmen

Mit einer Mehrheit von 1.269.501 Wählern hat das Brexit-Lager die Abstimmung gewonnen (bei 33,5 Millionen abgegebenen Stimmen). Trotz dieser im Hinblick auf die Tragweite der Entscheidung knappen Mehrheit käme eine Nichtbeachtung des Referendums in Großbritannien derzeit wohl politischem Selbstmord gleich. Das bedeutet jedoch nicht, dass die nun in der Verantwortung stehenden Politiker es eilig hätten, sich aus der EU zu verabschieden. David Cameron hat die Austrittsverhandlungen seiner Nachfolgerin überlassen. Der innerparteiliche Konkurrent Camerons, Boris Johnson, Wortführer der Austrittskampagne, gibt sich gelassen und verkündet zur Überraschung der anderen Europäer, dass ein Brexit nun keine Eile habe. Gleichzeitig fehlt ihm der Mut oder die Kraft, die Nachfolge David Camerons anzustreben, und sein Land dann selbst als Premierminister aus der EU zu führen. Obwohl der Ball also im britischen Feld ist, sollten die anderen EU-Regierungen bedenken, dass eine Verhandlung mindestens zwei Parteien benötigt, dass sie also durchaus Einfluss auf Verhandlungsbeginn und -modalitäten ausüben und etwa verhindern können, dass es zum „Rosinenpicken“ durch die Briten kommt. Die Äußerungen auf dem jüngsten EU-Gipfel am 27. und 28. Juni deuten auf eine Verständigung der übrig gebliebenen Europäer in diese Richtung.

Die Strategien für die Austrittsverhandlungen lassen sich zu zwei Positionen verdichten. Einerseits wird gefordert, an Großbritannien ein Exempel zu statuieren und den Austritt möglichst deutlich und auch kostspielig für das Vereinigte Königreich zu gestalten. Dahinter steht nicht zuletzt die Absicht, den „übrigen Europäern“ die Konsequenzen



Gestorben für Europa – die Titelseite der Dernières Nouvelles d'Alsace vom 17.6.2016.

Quelle: mit Genehmigung der DNA

klar zu machen. Da dies eine einige Haltung der Rest-EU gegenüber Großbritannien voraussetzt, besteht bei den Vertretern dieses Ansatzes die Hoffnung, die dadurch gewonnene Gemeinschaftsdynamik auch als Hebel für die aus ihrer Sicht notwendige Vertiefung oder zumindest Veränderung der EU zu benutzen. Die Vertreter dieses Lagers finden sich vor allem in den Gemeinschaftsinstitutionen (EU-Parlament, EU-Kommission), aber auch in der französischen und italienischen Regierung. Auch die deutschen Sozialdemokraten scheinen dieser Position zuzuneigen.

Andererseits wird vorgeschlagen, den Austritt aus der EU rasch und schmerzlos zu verhandeln, und bereits gleichzeitig die stattdessen notwendigen bilateralen Abkommen umzusetzen, sodass ein möglichst nahtloser Übergang stattfindet. Die Absicht dahinter zielt vor allem darauf ab, die wirt-



Wahlkampf gegen den Brexit.

Quelle: Albert Bridge, wikimedia.org

schaftlichen Vorteile des Binnenmarktes auch weiterhin zu nutzen, also in beide Richtungen – von und nach Großbritannien – den unbeschränkten Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitnehmern zu garantieren. Andere der EU assoziierten Länder, wie die Schweiz oder Norwegen, stehen dafür Modell. Die Vertreter dieser Strategie finden sich in den Regierungen der exportstarken Staaten (Deutschland, Niederlande) sowie bei den Interessenvertretern der großen Industrieverbände.

Spitzt man die vorgetragenen Argumente auf diese Art zu zwei Positionen zu, wird schnell deutlich, welche Prioritäten die verbliebenen Mitglieder für die Austrittsverhandlungen setzen sollten. Der Ausgangspunkt muss darin bestehen, das Referendum und den Volkswillen Großbritanniens ernst zu nehmen. Gerade auf Seiten der EU-Skeptiker in allen Ländern ist das Misstrauen groß gegenüber einer angeblichen technokratischen und politischen Elite, die demokratische Entscheidungen in der EU nicht ernst nehmen. Nach wie vor ist bspw. in den Niederlanden und in Frankreich die Verbitterung im EU-skeptischen Lager groß, dass auf die Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages in Volksabstimmungen 2005 derselbe, in nur wenigen Punkten veränderte Vertrag auf parlamentarischem Weg 2007 in Kraft gesetzt wurde. Auch Irland hatte über den Vertrag von Lissabon zweimal abzustimmen, bis schließlich eine Zustimmung erreicht wurde (ohne Veränderung des Vertragstextes, aber mit einigen Erläuterungen im Hinblick auf die Auslegung bestimmter Vertragsartikel, die in Irland auf Kritik gestoßen waren). Gerade im Hinblick auf das angebliche „demokratische Defizit“ der EU wäre es fatal, diesen Eindruck weiter zu verstärken. Mit Wolfgang Schäuble muss also zunächst gelten „in is in, out is out“.

Den verantwortlichen Politikern muss daran gelegen sein, diese eigentlich selbstverständliche Ausgangsposition schnell zur Grundlage einer gemeinsamen Verhandlungsposition der EU zu machen. Wie beim „rechtlich nicht verbindlichen“ Referendumsergebnis, wäre es politisch höchst fatal, Zweifel an dieser einfachen Tatsache aufkommen zu lassen. Wie Italiens Premierminister Renzi beim Treffen mit Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Hollande in Berlin sagte: „Mit der Demokratie darf man nicht spielen“. Dies bedeutet auch, den taktischen Spielen der Vertreter der Konservativen Partei Großbritanniens, die letztendlich ihre Parteiinteressen vor alle anderen britischen oder europäischen Prioritäten stellen, entgegen zu treten. Da die nun notwendigen formalen Schritte zunächst einseitig von der britischen Regierung gegangen werden müssen, können die übrigen Europäer nur durch Einigkeit und den Bezug auf gemeinsam geteilte demokratische Normen den Lauf der Dinge beeinflussen.

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

Der Aufbau einer gemeinsamen Verhandlungsposition, um der britischen Regierung gegenüber treten zu können, bedeutet aber nicht, dass es notwendigerweise zu einer Verhandlung mit „Gewinnern“ und „Verlierern“ kommen muss. Dies stünde dem Grundgedanken der EU, der den Einigungsprozess seit den 1950er Jahren geleitet hat, geradezu entgegen. Die tatsächlich bestehenden vielfältigen Kontakte und Beziehungen sorgen als „gegenseitige Abhängigkeiten“ dafür, dass keine Seite einseitig bestraft werden kann, ohne dass dies immer auch auf Kosten der anderen Seite, zumindest eines Teils der dort vertretenen Kräfte, ginge. Beispielsweise würde besonders die Fahrzeug- und Maschinenbauindustrie in der EU und im Königreich die Kosten eines „kalten Brexit“ deutlich spüren. Der EU muss daran gelegen sein, weiterhin enge Beziehungen zu Großbritannien vertraglich zu regeln und die Integration des Landes und seiner Bürger in den gemeinsamen Markt zu gewährleisten. Davon hängen nicht nur wirtschaftliche Vorteile für alle Seiten, sondern auch die Fortführung von gemeinsamen Forschungsprogrammen, von Studenten- und Schülerbegegnungen usw. ab. Im Vergleich zu früheren Verhandlungen im Kreis der EU-Mitgliedstaaten muss freilich gewährleistet sein, dass Großbritannien als assoziierter Staat die EU und ihre Mitglieder nicht länger von Entscheidungen und gemeinschaftlichem Handeln abhalten kann.

Die Verhandlungen müssten also schnell beginnen. Die verbliebenen EU-Mitgliedstaaten haben alles Interesse daran, mit einer einheitlichen Position dem ehemaligen Mitglied Großbritannien gemeinsam und geschlossen entgegen zu treten, wenn der Austritt eines Landes nicht auch zum Niedergang der EU als Ganzes beitragen soll.

■ Welche Herausforderung für das deutsch-französische Paar?

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat bereits verkündet, dass er „einen besonderen Beitrag des deutsch-französischen Motors“ zu den Austrittsverhandlungen und dem dann weiteren Weg der EU erwarte. Wie in der Vergangenheit zeigt sich, dass bei Entscheidungen über Form und Größe der EU sowie über ihre weitere Entwicklung die Mitgliedsstaaten die entscheidenden Akteure sind, die jedoch im Rahmen der durch die EU vorgegebenen Opportunitäten und Einschränkungen handeln. Aus diesem Grund kommt in einer solchen Situation, die eher den „internationalen Beziehungen“ zwischen Staaten, als der „gemeinschaftlichen Politik“ in einer Quasi-Föderation entspricht, Frankreich und Deutschland eine besondere Rolle zu. Sie verkörpern strukturell die bevölkerungs- und wirtschaftsstärksten Mitgliedstaaten (was alleine nicht ausreichend wäre). Sie stellen in vielen politischen und gesellschaftlichen Fragen nach wie vor Antipoden dar, die in



David Cameron erklärt seinen Rücktritt als Premier-Minister.

Quelle: Tom Evans, wikimedia.org

ihren Gegensätzen häufig europäische Grundkonflikte widerspiegeln, die auch die anderen Mitgliedsstaaten betreffen. Letztendlich erklärt sich die besondere Rolle der beiden Länder aber erst aus ihrer historischen Verantwortung. Der Integrationsprozess wurde um den deutsch-französischen Konflikt herum und mit dem Ziel, diesen zu entschärfen, entwickelt. Nach dem deutsch-französischen Krieg und den beiden Weltkriegen benötigte dieser Gedanke keine weitere Begründung. Aus ihm folgt bis heute, dass Frankreich und Deutschland über besondere symbolische Ressourcen verfügen, die weit über die Politik hinaus Interessengruppen und zivilgesellschaftliche Akteure im Sinne von Kooperation, Annäherung und Verständigung motivieren und mobilisieren. Und schließlich verfügt nur die deutsch-französische Beziehung über jenen besonderen institutionellen Prozess, der eine permanente Abstim-



Wahlkampf gegen den Brexit. Quelle: wikimedia.org

mung nicht nur ermöglicht, sondern gelegentlich erzwingt. Sind diese vier Bedingungen gegeben – eine Situation, die (a) zwischenstaatliche Verhandlungen erfordert, in der (b) Frankreich und Deutschland unterschiedliche Positionen stellvertretend für alle anderen EU-Mitgliedstaaten verkörpern, die (c) einer Lösung im Sinne der Grundgedanken der europäischen Integration und deutsch-französischen Aussöhnung bedarf und deren Vorbereitung schließlich (d) auf einer intensiven Auseinandersetzung und Kooperation zwi-

schen politischen und Verwaltungsakteuren auf beiden Seiten beruht, dann übernimmt die deutsch-französische Kooperation weiterhin die Rolle als „Motor der EU“. Diese Gleichung verändert sich heute möglicherweise durch die zunehmende „Politisierung“ der EU-Politik. Der innenpolitische Streit über bestimmte EU-Politiken, in jüngster Zeit aber auch über die Sinnhaftigkeit und die Rechtfertigung europäischer Integration insgesamt, übertönt immer häufiger das oben angeführte Argument einer Legitimierung der europäischen Integration aus „historischer Verantwortung“ Frankreichs und Deutschlands. Im politischen Alltagsgeschäft bedeutet dies, dass beide Regierungschefs es immer schwerer haben, ihre Kompromisse (also den Abschied von ihren nationalen Präferenzen) mit Bezug auf ein übergeordnetes europäisches gemeinsames Interesse (oder sogar Gemeinwohl) zu rechtfertigen und dafür Mehrheiten zu finden. Sowohl der Front National als auch die AfD in Deutschland mobilisieren ihre Anhänger, indem sie die Idee kostspieliger und schmerzhafter Kompromisse „im Namen Europas“ explizit ablehnen.

Die Situation nach dem Austrittswunsch Großbritanniens verlangt nach deutsch-französischer Führung: Die EU-Mitgliedsstaaten sind letztendlich die entscheidenden Akteure in Fragen der Unionsmitgliedschaft. Die französische und die deutsche Regierung haben sehr schnell angekündigt, nach dem britischen Referendum gemeinsam die weitere Entwicklung beeinflussen zu wol-

len. Sie sind dabei mit unterschiedlichen Bewertungen der Situation an die Öffentlichkeit getreten. Bundeskanzlerin Merkel hat zunächst keine Eile erkennen lassen und dann erklärt: „Jeder Vorschlag, der die Europäische Union der 27 als Ganzes aus dieser Krise führen kann, ist willkommen. Jeder Vorschlag, der dagegen die Fliehkräfte stärkt, die Europa schon so sehr strapazieren, hätte unabsehbare Folgen für uns alle“ (Regierungserklärung im Bundestag am 28.6.2016). Das

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

bedeutet auch, sie lehnt Initiativen in Richtung „flexibler Zusammenarbeit“ oder „vertiefter Integration“ um ein Kerneuropa herum ab und legt Wert darauf, Einheit und Einheitlichkeit der verbliebenen EU zu gewährleisten. Dies lässt sich aus der deutschen Position im Hinblick auf geopolitische und strategische Interessen in Osteuropa natürlich gut verstehen, auch wenn es ja bereits ein Europa der verschiedenen integrierten Zonen (Schengen, Euro) gibt. Auch die mit einer weiteren Vertiefung einhergehende weitergehende Umverteilung (über Eurobonds, über einen Schuldenschnitt, über eine EU-Arbeitslosenversicherung o.ä.) wird von ihr bekanntlich abgelehnt, wobei die innenpolitischen Gründe eine wichtige Rolle bei ihrem Kalkül spielen dürften.

Staatspräsident François Hollande dagegen hat sich schon zu Mitte seiner Amtszeit und jetzt erneut rhetorisch für ein Kerneuropa stark gemacht, das aus seiner Sicht die einzige Möglichkeit darstelle, die Fliehkräfte im eigenen Land und in der ganzen Union zu bändigen. Nur so sieht er die Möglichkeit, seinen Gedanken eines „Europas das beschützt“, zu verwirklichen, in dem im Rahmen der engeren Kooperation Schritte hin zu einer Steuer- und Sozialharmonisierung gegangen werden und es möglich wird, Sozialdumping wirkungsvoll zu verhindern. Da er bisher nicht davon spricht, wie diese Ziele erreicht werden könnten und welche Rolle die supranationalen Organe dabei übernehmen würden, ist zu erwarten, dass sein Vorschlag letzten Endes den Aufbau neuer Beschränkungen und Begrenzungen mit sich bringen würde, seien es Kontrollen im Sicherheitsbereich, seien es Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt. Wie bei den Prioritäten der Bundeskanzlerin, fließen auch im französischen Fall innenpolitische und geostrategische Überlegungen zusammen. In einer kerneuropäischen Union,



Gemeinsame Erklärung von François Hollande, Angela Merkel und Matteo Renzi (v.li.n.re.).

Quelle: <http://www.elysee.fr>

etwa der „ursprünglichen“ sechs EU-Staaten, hätte Frankreich automatisch wieder mehr Einfluss und Gewicht, als es in der gegenwärtigen Union der 27 der Fall ist. Diese Forderung wird parteiübergreifend von weiten Teilen der französischen Eliten geteilt. Der mögliche Präsidentschaftskandidat der Konservativen, Alain Juppé, äußerte in *Le Monde* (28. Juni): „Ich habe die Gewissheit, dass das zukünftige Europa, noch mehr als heute, eines der verschiedenen Geschwindigkeiten sein wird“. Und der einflussreiche Politikwissenschaftler Christian Lequesne fordert: „Es ist jetzt geboten, sehr schnell zusammen mit Deutschland das politische Projekt eines Kerneuropas zu bekräftigen“.

Beide Zielsetzungen sind für sich genommen legitim und müssen respektiert werden. Sie spiegeln den Grundkonflikt zwischen „Erweiterung“ und „Vertiefung“ wieder, der den europäischen Integrationsprozess seit den ersten Erweiterungsrounden in den sechziger Jahren durchzieht. Wie im

bisherigen Verlauf, müsste ein Kompromiss beide Elemente zusammenführen, was sich in der gegenwärtigen Lage als sehr schwierig erweisen dürfte. Wie sollen bspw. gleichzeitig die für das Funktionieren des Binnenmarktes unerlässlichen „vier Freiheiten“ weiterhin in der gesamten Union gewährleistet werden (Waren, Dienstleistungen, Kapital, Arbeitnehmer) und gleichzeitig die Sozialstandards eines Teils der Mitgliedsstaaten garantiert werden? Gerade wenn die EU sich treu bleiben und aus der Akzeptanz und dem Respekt ihrer Unterschiede eine Stärke machen will (getreu dem Motto „In Vielfalt geeint“), scheint ein Kompromiss hier schwierig.

Nicht zuletzt deshalb war es ein interessanter Zug, dass die Bundeskanzlerin am 26. Juni neben Präsident Hollande den italienischen Premierminister Renzi nach Berlin eingeladen hatte. Ein Kompromiss „zu dritt“ hat potenziell größere Chancen, von den anderen Mitgliedsstaaten akzeptiert zu werden, als ein „deutsch-französisches Direktorium“, das einige osteuropäische Staaten bereits anprangern. Zusammen stellen die drei Länder die verbliebenen „großen“ Mitgliedsstaaten nach Bevölkerung und Wirtschaftskraft dar. Nicht zuletzt steht auch Italien als Gründungsstaat für die besondere „historische Verantwortung“ für den Integrationsprozess. Trotz der überaus engen Verbindungen fehlt in den Beziehungen zu Italien die vertraglich organisierte Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und Politik sowie der Prozess der institutionalisierten Kompromissuche, die im deutsch-französischen Verhältnis im Elysée-Vertrag festgeschrieben wurden. Von daher ist die Befürchtung der französischen Kommentatoren, dass Bundeskanzlerin Merkel mit ihrer Einladung „das Ende des deutsch-französischen Paares“ einläute, voreilig. Die höhere Sichtbarkeit einer „Führung zu dritt“ sorgt umgekehrt für wachsende Befürchtungen der „übrigen“ Europäer, einer Domination durch die wirtschaftlich und demographisch mächtigsten Staaten ausgesetzt zu



Quelle: wikimedia.org

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

sein. Dabei war das europäische Projekt ja gerade als Antwort auf die verschiedenen historischen Versuche einer Hegemonie oder Domination, welche regelmäßig im Blutvergießen der europäischen Kriege endeten, gedacht worden.

Ideen für das Europa von Morgen

Die Erweiterung des deutsch-französischen Paares um Italien kann dennoch in einer bestimmten Situation gerechtfertigt sein, wenn sie einer pragmatischen Kompromissfindung dienlich ist. Erste Hinweise auf Kompromisslinien finden sich im Dokument, das im Anschluss an das Treffen verbreitet wurde. Es definiert drei Prioritäten, um Europa neuen Schwung zu verleihen: „Innere und äußere Sicherheit“, „eine starke Wirtschaft bei hoher sozialer Kohäsion“, sowie „ambitionierte Programme für die europäische Jugend“. Für die Eurozone wird festgehalten: Es „werden weitere Schritte nötig sein, um Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Konvergenz zu stärken, einschließlich im Bereich der Sozial- und der Steuerpolitik“.

Die Wichtigkeit dieser Prioritäten wird deutlich bei einem soziologischen Blick auf die EU-Skeptiker. In allen Mitgliedsländern lassen diese sich gut über die Variablen „Bildungsniveau“ und „Einkommen“ erfassen. Geringere Qualifikation und weniger Einkommen sagen zuverlässig eine skeptische Haltung zum Einigungsprozess voraus. Ist die soziale Mobilität zwischen den so beschriebenen Gruppen dauerhaft blockiert, entsteht daraus eine neue Klassenfrage. Diesem „Klassenkonflikt“ könnte eines Tages sehr wohl die heutige EU zum Opfer fallen. In den südlichen Mitgliedsländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit ist diese Tatsache schon heute offensichtlich. In Deutschland manifestiert sich Ablehnung vor allem in der Angst vor Wohlstandsverlust aufgrund der Euro-Mitgliedschaft des Landes. Um die Union in dieser Situation zu stabilisieren, ist also zweierlei nötig. Das Vertrauen in die Währungsunion muss durch die tatsächliche Einhaltung der gemeinsam etablierten Leitlinien für solide Haushaltsführung zurück gewonnen werden. Daneben muss aber auch individuell erfahrbare Solidarität für diejenigen Europäer gewährleistet sein, die die Anpassungskosten (ihrer Volkswirtschaften) an die Euro-Regeln zu tragen haben. Sollen die Mitgliedsstaaten gleich-

zeitig die mühsam erarbeiteten Haushaltsregeln respektieren, kann Solidarität nur über die gemeinsame europäische (bzw. Euro-)Ebene kommen, was zusätzliche Mittel erfordert. Eine individuell erfahrbare „europäische Solidarität“ (unabhängig von nationaler Zugehörigkeit), etwa in Form einer Jugendgarantie oder Euro-Arbeitslosenversicherung, könnte auch auf einer emotionalen Ebene die individuelle Zustimmung zur EU wieder erhöhen.

Während sich also die großen Linien eines Kompromisses abzeichnen, kommt es jetzt auf den politischen Willen der beteiligten Akteure an, Führung zu übernehmen und auch für das eigene Lager unangenehme Wahrheiten zu vertreten. Schenkt man den jüngsten Nachrichten aus Paris und Berlin Glauben, sieht es danach im Moment jedoch nicht aus. Jede Seite will nun getrennt einen Vorschlag für den nächsten EU-Gipfel in Bratislava vorbereiten. Da die Zukunft Europas immer Kompromisse benötigt hat, muss dieses Vorgehen im Angesicht der beschriebenen Herausforderungen zumindest skeptisch stimmen.

Stefan Seidendorf ▶ seidendorf@dfi.de

dfi information

Buchpräsentation in Karlsruhe

„Auf dem Weg zur nachhaltigen Stadt: Deutsche und französische Perspektiven“ – das war der Titel einer Podiumsdiskussion, zu der die Stadt Karlsruhe am 20. Juni in den Rathaussaal eingeladen hat.

Anlass war die Veröffentlichung des Sammelbands „Strategien nachhaltiger Stadtentwicklung in Deutschland und Frankreich“, der im Rahmen des gleichnamigen Projekts der Wüstenrot Stiftung und des dfi entstanden ist und konkrete Beispiele aus mehreren Kommunen beider Länder präsentiert, die in diesem Bereich interessante Ansätze verfolgen.

Unter der Leitung von SWR-Journalistin Marie-Dominique Wetzel diskutierten der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, Dr. Frank Mentrup, Dr. Stefan Krämer von der Wüstenrot Stiftung und Dominik Grillmayer (dfi) über die Herausforderungen, mit denen sich Städte bei der Umsetzung nachhaltiger Konzepte konfrontiert sehen. Dabei kamen vor allem die Spannungsfelder zur Sprache, die sich auf lokaler Ebene zwangsläufig ergeben, wenn es gilt, ökologische, ökonomische und soziale Fragen miteinander in Einklang zu bringen.



Auf dem Podium diskutierten (v.l.n.r.) Dominik Grillmayer (dfi), Moderatorin Marie-Dominique Wetzel (SWR), Stefan Krämer (Wüstenrot Stiftung) und Oberbürgermeister Frank Mentrup.
Quelle: dfi

Ein weiterer Fokus der Diskussion war die Frage der politischen Steuerung eines Prozesses, der heute ohne die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung nicht mehr denkbar ist und eine gemeinsame Suche nach Kompromissen erfordert, die das Gemeinwohl im Blick haben und Partikularinteressen möglichst überwinden. Dabei müssen alle beteiligten Akteure Verantwortung überneh-

men. Klar wurde auch, dass es zwar Unterschiede in den Rahmenbedingungen gibt, unter denen deutsche und französische Städte bei der Gestaltung dieses Prozesses operieren – gerade mit Blick auf die Handlungsspielräume auf lokaler Ebene. Doch auch wenn sich Rezepte, die von einer Kommune entwickelt wurden, nie gänzlich übertragen lassen, so ergeben sich beim grenzüberschreitenden Austausch über Fragen der Stadtentwicklung stets interessante Lerneffekte, die lokales Handeln im Nachbarland inspirieren können.

Dominik Grillmayer ▶ grillmayer@dfi.de



XXXII. Jahrestagung des dfi

„Sozial- und Solidar-Wirtschaft (SSW) in Frankreich und Europa“ lautete das Thema der XXXII. Jahrestagung des dfi, die am 2. und 3. Juni 2016 in Ludwigsburg stattfand. Damit verband sich die Frage, ob solidarische Formen des Wirtschaftens einen Weg aus der Krise aufzeigen können und einer Fragmentierung der Gesellschaft entgegenwirken. Zwei Tage lang diskutierten Experten mit rund 60 Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung sowie Frankreichinteressierten über die Bedeutung dieses Sektors.

In der Auftaktveranstaltung führten Jean-Pierre Azais, Vizepräsident der Arbeitgebervereinigung UDES, Nicole Alix, Präsidentin der Coop des Communs, einem Verein, der sich für Kollektivgüter einsetzt, und Andrea Maier von der Europäischen Union in das Thema ein. Dabei wurde deutlich, dass die sogenannte *économie sociale et solidaire* auch in vielen anderen europäischen Ländern eine wichtige Rolle spielt. Es verbindet sich damit, wie Jean-Pierre Azais betonte, die Hoffnung, einer Zersplitterung der Gesellschaft entgegen zu wirken und wirtschaftlichen mit sozialem Fortschritt zu verbinden.



Lars Feld beim Festvortrag im Ludwigsburger Schloss. Quelle: dfi



Andrea Maier, Jean-Pierre Azais, Frank Baasner und Nicole Alix bei der Auftaktsitzung. Quelle: dfi

Höhepunkt des ersten Tages war der feierliche Abendvortrag von Prof. Dr. Lars P. Feld, Leiter des Walter Eucken Instituts in Freiburg, im Ordenssaal des Ludwigsburger Schlosses. Als Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist Feld einer der fünf Wirtschaftsweisen. Vor rund 400 geladenen Gästen sprach er über das Thema „Brauchen wir mehr Gemeinnützigkeit? Der dritte Sektor im gesamtwirtschaftlichen Vergleich“. Es ge-

lang ihm, volkswirtschaftlich schwierige Sachverhalte so aufzubereiten, dass er die Zuhörer in seinen Bann ziehen konnte.

In seinem Vortrag ging es Lars Feld um den Teilbereich des Nonprofit-Sektors, der weder marktorientierter noch staatlicher Teil einer Volkswirtschaft ist. Feld sieht „Chancen“ durch die tendenziell wachsende Sozial- und Solidarwirtschaft, aber keinen Ansatz für ein alternatives Wirtschaftsmodell.



Henrik Uterwedde (dfi) im Gespräch mit Philippe Frémeaux (Alternatives Economiques). Quelle: dfi

Am zweiten Tag wurde die Thematik in zwei parallel stattfindenden Ateliers vertieft. Dort diskutierten Wissenschaftler und Praktiker angeregt über die unterschiedlichen Ausprägungsformen der SSW, Kooperationsmöglichkeiten mit herkömmlichen Unternehmen sowie Grenzen und Entwicklungspotenziale des Sektors. Dabei wurde deutlich, dass die weitere Entwicklung davon abhängen wird, wie sehr die SSW gesamtgesellschaftlich durch Engagement und Wertschätzung getragen wird.

Eileen Keller
Brigitte Veit

► keller@dfi.de
► veit@dfi.de

Was macht der Nachbar?

Teilnehmer des deutsch-französischen Nachwuchsjournalistenprogramms der Robert Bosch Stiftung suchen in Berlin nach deutschen Antworten auf die aktuellen Herausforderungen.

Der Brexit kommt. Für viele Beobachter war der Ausgang des Referendums in Großbritannien überraschend – auch wenn die Umfragen ein knappes Ergebnis hatten erwarten lassen. Was ist jetzt zu tun, um Europa zusammenzuhalten und möglichen Fliehkräften entgegenzuwirken? Wenn es darum geht, die Zukunft der EU 27 zu gestalten, haben Deutschland und Frankreich ein besonderes Gewicht und auch besondere Verantwortung. Die gute Nachricht: Bei der Suche nach gemeinsamen Lösungen können sich beide Länder auf institutionalisierte Strukturen der Zusammenarbeit stützen, die mit dem Elysée-Vertrag geschaffen worden waren und sich mit der Zeit immer weiter ausdifferenziert haben. Das ist einmalig in bilateralen Beziehungen und ein großer Vorteil bei der schwierigen Suche nach einem tragfähigen Kompromiss. Denn meist liegen die Positionen der Partner zu Beginn weit auseinander.

Welche Sichtweise die deutsche Seite in diesen Zeiten multipler Krisen vertritt, darüber konnten sich acht französische Journalisten zusammen mit einer italienischen Kollegin in Gesprächen mit Vertretern der Regierungskoalition und der Opposition informieren. Sie kamen im Rahmen des deutsch-französischen Programms für Nachwuchsjournalisten nach Berlin, das seit 2007 von der Robert Bosch Stiftung und dem dfi durchgeführt wird und den Teilnehmern die Möglichkeit gibt, sich während eines einwöchigen Seminars über die politischen und gesellschaftlichen Realitäten im Partnerland zu informieren.

Der Brexit war dabei nur ein Thema. Seit zwei Wochen überlagert er ein wenig das andere große Thema, das in Deutschland seit Monaten angeregt diskutiert wird (nicht selten auch polemisch) und uns fraglos auch in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen wird: Die Flüchtlings- und Asylpolitik. Entsprechend ging es bei den zahlreichen Terminen in Berlin auch viel um die Frage, was Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft tun (können), um die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern zu fördern. Bei Gesprächen im Kanzleramt sowie mit Verantwortlichen, die sich um die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen kümmern, wurden die Herausforderungen deutlich, mit denen die Akteure konfrontiert sind.

Beim Besuch der Berlin Chemie AG in Adlershof konnten sich die Teilnehmer außerdem über ein Beispiel für die erfolgreiche Fortführung eines ehemaligen DDR-Betriebs nach der Wiedervereinigung



Honey Deihimi (Bildmitte) empfing die Teilnehmer im Bundeskanzleramt. Quelle: dfi (alle Fotos)

nigung informieren – dank der Übernahme durch einen italienischen Pharmahersteller und eines offenbar funktionierenden sozialen Dialogs im Unternehmen.

Ein weiterer Schwerpunkt des einwöchigen Seminars war naturgemäß die deutsche Medienlandschaft. Bereits das erste Juli-Wochenende, als alle diesjährigen Teilnehmer des Programms zu einem Auftakttreffen in die Repräsentanz der Robert Bosch Stiftung eingeladen waren, bot die Gelegenheit, sich über Unterschiede in den Mediensystemen Deutschlands, Frankreichs und Italiens (dem aktuellen Gastland des Programms) auszutauschen. In der darauffolgenden Woche konn-



Andreas Jung, MdB (2.v.l.), empfing die Gruppe im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages.



Im Newsroom des Tagesspiegel.



Die diesjährigen Teilnehmer des Nachwuchsjournalistenprogramms beim Auftakttreffen in Berlin.

ten die jungen Journalisten aus Frankreich und Italien dann über Besuche beim Tagesspiegel und im ARD-Hauptstadtstudio sowie im Austausch mit einer französischen Korrespondentin tiefere Einblicke in die journalistische Praxis im Partnerland bekommen. Ein Termin bei den neuen deutschen Medienmachern bildete dann die Brücke zu den vorangegangenen Gesprächen über Integration. Das Netzwerk aus Medienschaffenden mit und ohne Migrationshintergrund setzt sich für eine Berichterstattung ein, die ohne Stimmungsmache und Stereotypen auskommt und die gesellschaftliche Vielfalt im Land stärker abbildet.

Dominik Grillmayer ▶ grillmayer@dfi.de



Geführte Tour durch das ARD-Hauptstadtstudio.



Zu Gast bei der Berlin Chemie AG: Der Betriebsratsvorsitzende Thomas Grünberger (4.v.r.) sprach mit den Teilnehmern über die Umbrüche im Unternehmen nach der Wiedervereinigung.

Frankreich – Deutschland: Der Neustart des europäischen Motors

Philippe Gustin stellt sein Buch im dfi vor und macht Vorschläge zum Neustart.

Frankreich und Deutschland sind ein Paar, das dazu verdammt ist, sich zu verstehen. Für Philippe Gustin, ehemaliger Botschafter in Rumänien, heute hoher Beamter im Departement Eure im Westen Frankreichs, steht diese These im Mittelpunkt seines Buches „Frankreich – Deutschland: Der Neustart des europäischen Motors“. Gut 70 interessierte Zuhörer waren zur Buchvorstellung am 7. Juni ins Deutsch-Französische Institut (dfi) in Ludwigsburg gekommen.



Philippe Gustin



Philippe Gustin und Stefan Seidendorf (dfi).

Quelle: dfi

Seine Sicht der Dinge stellt Gustin so dar: Der deutsch-französische Motor hat eine Panne. Die Beziehungen sind banal geworden, Verständnis und Vertrauen sind verloren gegangen. Gleichzei-

tig ist es so, dass die Institutionen der Zusammenarbeit stabil sind. Die gegenseitige Wertschätzung der Menschen in beiden Ländern ist mit über 85% überwältigend, die wirtschaftliche Verflechtung nach wie vor sehr groß. Dies vorausgesetzt, kann die Zivilgesellschaft sehr viel Arbeit übernehmen.

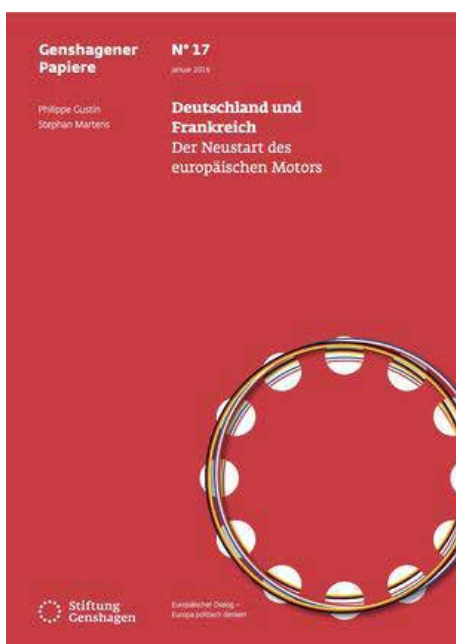
Auf diesem zwiespältigen und gleichzeitig soliden Grundstock will Gustin aufbauen, wenn er zwei Minister für deutsch-französische Beziehungen fordert und sogar bereit wäre, Deutschland neben Frankreich einen ständigen Sitz im Welt Sicherheitsrat der UNO einzuräumen. Für ihn muss Europa auf jeden Fall „weiter bestehen“, sein „Motor neu gestartet“, die Beziehungen untereinander „tiefer und politischer“ gestaltet werden. Auch wenn das Ziel noch offen ist.

Stefan Seidendorf, stellvertretender Direktor des dfi, sieht im Beschriebenen ein vielversprechendes Modell für die nachbarschaftliche Zusammenarbeit von Ländern und ein gutes Beispiel

für den „Umgang mit Differenz“. Das bedeutet: Die Mitgliedsstaaten der EU und ihre Bürger sind verschieden und wollen ihre Unterschiede auch beibehalten. Trotz der unterschiedlichen Interessen bieten die deutsch-französischen Beziehungen und die EU einen Rahmen, um konstruktiv damit umzugehen und Kompromisse zu finden. In der politischen Praxis sieht das so aus: Am Anfang steht der Interessenkonflikt zwischen zwei Staaten. Im Zuge – institutionell eingebetteter – Gespräche und Verhandlungen wandelt dieser sich zu einem Kompromiss und zur Fähigkeit, mit Gegensätzen produktiv umzugehen. In der Kooperation höchst unterschiedlicher Partner kommt es zum Konsens. Zwischen Deutschland und Frankreich hat sich auf dieser Grundlage der vielbeschworene deutsch-französische Motor entwickelt, der sich mehr und mehr auch als europäischer Motor bewährt, wenn er offen und anschlussfähig für die Belange der anderen Mitgliedsstaaten bleibt.

Brigitte Veit

► veit@dfi.de



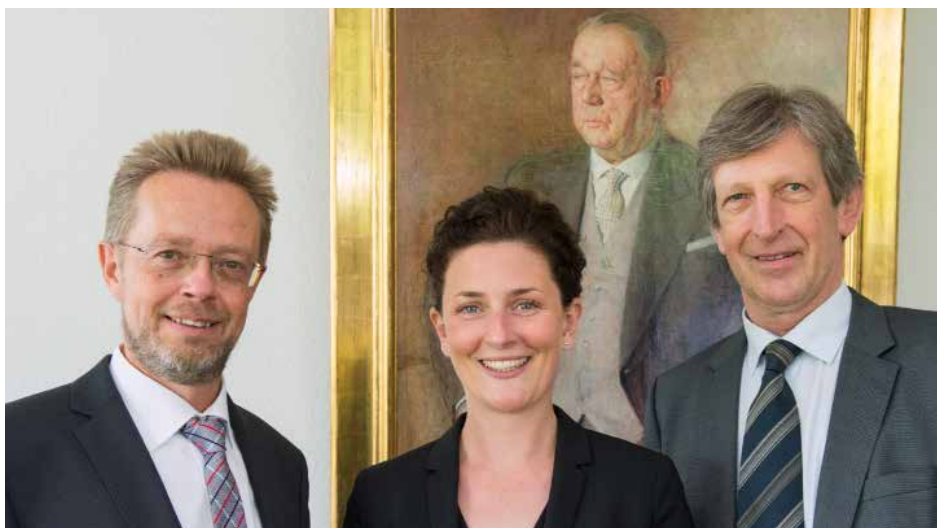
Die Zuhörer beim Vortrag von Philippe Gustin. Quelle: dfi

Gute Zusammenarbeit zwischen der IHK Ludwigsburg und dem dfi

Am 9. Juni referierte dfi-Direktor Frank Baasner bei der IHK Bezirk Ludwigsburg über die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage in Frankreich. Eingeladen hatten der IHK-Präsident Hans-Werner Schulte und die neue Haupt-Geschäftsführerin Sigrid Zimmerling. [► zum Zeitungsartikel](#)

Frank Baasner [► baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de)

Heinz-Werner Schulte, Sigrid Zimmerling, Frank Baasner. Im Hintergrund ein Porträt von IHK-Gründungspräsident Dr. Carl Schaefer.



Kooperieren – aber wie?

Am 16. Juni fand in der Maison de la Chimie in Paris eine eintägige Veranstaltung des Institut du Travail, de l'Emploi et de la Formation Professionnelle (INTEFP) statt, das sich mit lokalen Kooperationsstrukturen in den Bereichen Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarkt beschäftigte. Frank Baasner und Dominik Grillmayer beleuchteten vor rund einhundert Zuhörern die Situation in Deutschland.

Die Konferenz bildete den Abschluss eines einjährigen Fortbildungsprogramms des INTEFP für Unternehmer, Gewerkschafter und Mitarbeiter des französischen Staates bzw. der Gebietskörperschaften, das in fünf Modulen von jeweils einer Woche organisiert ist und dem offenen Austausch über Fragen des sozialen Dialogs, der Arbeitsbeziehungen und der Veränderung der Arbeitswelt dient. Für die 34. Ausgabe des Programms war mit Dominik Grillmayer vom dfi erstmals ein nicht französischer Vertreter in den wissenschaftlichen Beirat berufen worden, um die spezifisch französische um eine internationale Perspektive in Bezug auf lokale Kooperationsstrukturen zu ergänzen. Das Kolloquium bot die Gelegenheit, die Erfahrungen aus den einzelnen Modulen, darunter zwei Auslandsreisen (nach San Francisco und nach München), Revue passieren zu lassen und Handlungsoptionen für die Zukunft zu diskutieren. Die Schlussfolgerungen der Fortbildungsteilnehmer werden nun in einer vom INTEFP in Kooperation mit dem CEREQ und dem dfi koordinierten Veröffentlichung gebündelt, die voraussichtlich Ende des Jahres erscheint.

Dominik Grillmayer [► grillmayer@dfi.de](mailto:grillmayer@dfi.de)



Jean-Luc Cade (Association Bretonne des Entreprises Agroalimentaires), Catherine Sauviat (IRES), Yann Trichard (Centre des Jeunes Dirigeants), Dominik Grillmayer (dfi) und der Moderator es Kolloquiums. Quelle: Daniel Xirau



Cécile Jolly (France Stratégie) und Frank Baasner (dfi). Quelle: Daniel Xirau

On y va – mehr als eine Förderung

Zum dritten Mal schreiben das dfi und die Robert Bosch Stiftung den Ideenwettbewerb „On y va – auf geht’s – let’s go!“ aus, um weitere internationale Projekte im Bereich der Bürgergesellschaft mit bis zu 5.000 € zu fördern.

Die Kriterien für eine Bewerbung sind folgende:

- ❑ Das Projekt muss von (mindestens) drei Institutionen aktiv getragen werden: einer deutschen, einer französischen und einer dritten aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat
- ❑ Mindestens eine Institution muss gemeinnützig anerkannt sein
- ❑ Das Projekt muss einen Austausch beinhalten
- ❑ Für die nächste Bewerbungsfrist können sich Teams bewerben, die ein Projekt mit frühesten Beginn am 1. Dezember 2016 planen. Alle Projekte müssen zum 31.12.2017 beendet sein.

On y va richtet sich an alle Akteure der Zivilgesellschaft: Vereine, Bürgergruppen, Schulen, Städtepartnerschaftskomitees oder Stadtverwaltungen und unterstützt Projekte in allen Themengebieten. On y va ist aber mehr als eine finanzielle Unterstützung. Das On y va -Team bietet den Projekt-



Im geförderten Projekt Système D geht es auch um Umweltschutz und Müllvermeidung. Während eines Umzugs präsentieren Einwohner und Teilnehmer aus Europa die handgemachten Kallebassen, die in Anlehnung an die afrikanische Tradition für den Transport von Lebensmitteln als Alternative zur Plastiktüte verwendet werden sollen.



Hauptziel des Projekts war das Einrichten eines Palaverplatzes. Hier der fertige Platz.

Quelle (beide Fotos): Projekt Système D

wortliche oder Teilnehmer bereits geförderter Projekte kennenlernen, neue Partner finden und an einem Antragsworkshop teilnehmen. Das nächste Seminar findet im September in Straßburg statt.

Alle Informationen zum Programm, zur Bewerbung und zum Seminar befinden sich auf der Website des Programms

► www.auf-gehts-mitmachen.eu

Bénédicte King ► Ideenwettbewerb@dfi.de

Automobilitag Tübingen

Wie wettbewerbsfähig sind die deutsche und die französische Automobilindustrie? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Fachtagung am 23. und 24. Juni, die vom Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur (Tübingen), der Hochschule Pforzheim, der Universität Tübingen und dem dfi initiiert wurde. Die Thematik wurde dabei nicht nur aus betriebswirtschaftlicher, sondern auch aus arbeitssoziologischer und vergleichender kultureller Perspektive betrachtet.

30 Forscher und Praktiker aus Deutschland und Frankreich analysierten die erheblichen Unterschiede der beiden Situationen, kamen aber auch zu dem Schluss, dass die Automobilindustrie insgesamt im globalen Wettbewerb schwierige Zeiten vor sich hat.

Frank Baasner ► baasner@dfi.de

Henrik Uterwedde, dfi, im Gespräch mit Christian Dufour. Quelle: dfi



Märwertstunde im Deutsch-Französischen Institut

Im Rahmen des 2. Deutsch-Französischen Märchenfestivals fand am 9. Juni im Deutsch-Französischen Institut (dfi) eine „Märwertstunde“ statt. Dabei trug Frank Baasner, dfi, vier Märchen aus Ausgaben Andersens und der Brüder Grimm vor, aus denen ihm schon seine Großmutter vorgelesen hatte.

Als Zuhörer gekommen waren Fünft- und Sechstklässler des „Französisch bilingual“-Zuges des Goethe-Gymnasiums Ludwigsburg.

Das Deutsch-Französische Märchenfestival steht unter dem Motto „Märchen überwinden Grenzen“. In Anlehnung an den Wahlspruch „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ der heutigen Französischen Republik finden vom 6. - 17. Juni mehr als 70 Veranstaltungen und Workshops in Baden-Württemberg und dem Elsass statt.

Das Deutsch-französischen Märchenfestival wird vom Deutschen Zentrum für Märchenkultur in Berlin organisiert.



dfi-Direktor Frank Baasner beim Vorlesen. Quelle: Monika Panse

Für weitere Auskünfte: Martin Villinger,
Deutsch-Französisches Institut, Frankreich-Bibliothek,
Asperger Straße 30, D-71634 Ludwigsburg,
Tel.: +49 7141-9303-35 - Fax: +49 7141-9303-55
Martin Villinger ▶ villinger@dfi.de

„Für ein Frankreichthema eignet sich kaum ein Ort besser...“ Das Deutsch-Französische Institut und seine Bibliothek als Ziel von Exkursionsseminaren

Auch in diesem Jahr nutzten Prof. Mechthild Gilzmer und Prof. Dietmar Hüser die Woche der dfi-Jahreskonferenz für ein Forschungsseminar im Deutsch-Französischen Institut (dfi). Die Themen, die die Studierenden bearbeiteten, behandelten die Ursachen für den Aufstieg des Front National und die Vermutung, dass sich in dessen Folge ein Wandel in der politischen Kultur Frankreichs vollzieht. Dank der umfangreichen Bestände der Frankreich-Bibliothek zum gegenwärtigen Frankreich – über den Front National und die politische Kultur des Landes sind über 3.000 wissenschaftliche Aufsätze und Monographien und weit über 10.000 Presseartikel vorhanden – konnten alle Teilnehmer passende Literatur zu ihrer speziellen Fragestellung finden und so den Reiz des eigenständigen Forschens entdecken.

Prof. Jörg Requate, Inhaber des Lehrstuhls für die Geschichte Westeuropas im 19. und 20. Jahrhundert an der Universität Kassel, war Mitte Juni zum ersten Mal mit Studenten in der Frankreich-Bibliothek zu Gast. Das Themengebiet der Gruppe war unter dem Titel „die deutsch-französischen Beziehungen im 20. Jahrhundert“ weit gefasst; die Teilnehmer bearbeiteten so unterschiedliche Aspekte wie die französische Sicht auf die deutsche Wie-

dervereinigung 1989-90, die wechselseitige Sicht auf das Schulsystem und die Schulreformen im anderen Land in den 70er und 80er Jahren oder die Reaktion der französischen Presse auf die Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976.

Henrik Uterwedde berichtete den Gästen aus Kassel in einem Hintergrundgespräch, ausgehend von seiner über 40jährigen Tätigkeit für das dfi, über die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen seit Anfang der 70er Jahre und diskutierte mit ihnen den derzeitigen Stand und ihre Zukunftsaussichten.

Für nähere Informationen zur Organisation mehrtägiger Gruppenaufenthalte an der Frankreich-Bibliothek sowie zu Bibliotheksführungen wenden Sie sich bitte direkt an die Frankreich-Bibliothek: frankreich-bibliothek@dfi.de
Telefon: +49 7141/93 03 – 34

Martin Villinger ▶ villinger@dfi.de



Mechthild Gilzmer (hi.re.) und Dietmar Hüser (hi.li.) gemeinsam mit den Studenten aus Saarbrücken vor dem Eingang der Frankreich-Bibliothek. Quelle: dfi



Jörg Requate (li.) und die Studenten aus Kassel diskutierten mit Henrik Uterwedde (re.) über die deutsch-französischen Beziehungen. Quelle: dfi

MEGA Programm

Im Februar 2017 startet zum neunten Mal der berufsbegleitende deutsch-französische Master of European Governance and Administration (MEGA).

Das von der französischen und deutschen Regierung gemeinsam initiierte MEGA-Programm bietet eine einzigartige akademische Weiterbildung an führenden Institutionen beider Länder. Der zweijährige, berufsbegleitende Executive Master richtet sich an angehende Führungskräfte des öffentlichen Dienstes und des Privatsektors. In vier zweiwöchigen Präsenzmodulen in Paris, Potsdam, Straßburg und Berlin, einem neunwöchigen Praktikum sowie bei der Erstellung einer Projekt- und Masterarbeit können sie ihre beruflichen Erfahrungen und Interessen in deutsch-französischer und europäischer Perspektive einbringen und weiterentwickeln. Wir freuen uns, mit diesem neunten Jahrgang das europaweite Netzwerk aus bislang 140 Alumni weiter auszubauen.

Informationen zu Struktur und Curriculum des MEGA-Programms 2017/2018 und zu den Bewerbungsbedingungen finden Sie in der zweisprachigen MEGA-Broschüre und unter www.mega-master.eu.

Bewerbungen werden bis zum 30. September 2016 entgegengenommen.

MEGA-Konsortialbüro an der Universität
Potsdam /UP Transfer GmbH
Frau Marie Augère
August-Bebel-Straße 89
Haus 7, 2. Etage, Raum 225
14482 Potsdam
E-Mail: augere@uni-potsdam.de
Telefon: 0049 / (0)331 977 4527
Fax: 0049 / (0)331 977 4617
▶ www.mega-master.eu



Postdoctoriales transfrontalières vom 7. bis 10. November 2016 in Luxemburg



Interaktiver Workshop zur Karriereentwicklung.
Quelle: UFA/DFH

Wie sich insbesondere auch im Kontakt mit verschiedenen europäischen Partnern gezeigt hat, weiß ein Großteil der Nachwuchswissenschaftler außerhalb des Hochschulbereichs und fühlt sich für einen Einstieg in die Wirtschaft nicht ausreichend gewappnet. Nun sind es aber gerade diese Alternativen, mit denen sich die aktuellen Probleme im akademischen Bereich ausgleichen lassen: Rückgang der unbefristeten Stellen, Zunahme befristeter Verträge, Sachgründe für die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen.

Die ABG-DFH fördert und begleitet Karrieren von Nachwuchswissenschaftlern und organisiert vor diesem Hintergrund ein Seminar speziell für Forscher mit befristeten Stellen im öffentlichen Dienst und arbeitssuchende Wissenschaftler. Das Seminar bietet den Teilnehmern Gelegenheit, ihre eigenen Kompetenzen zu analysieren, Karrierepläne zu entwickeln, neue Perspektiven zu entdecken und ihre Kommunikation mit Personalverantwortlichen in Deutschland, Frankreich und Luxemburg zu optimieren.

Ansprechpartnerin:
Bérénice Kimpe ▶ kimpe@dfh-ufa.org

Infos: www.dfh-ufa.org/forschung/abg/vorbereitung-auf-den-berufseinstieg/cross-border-postdoctoriales



Termine

25. September – 1. Oktober

Seminar für deutsche und italienische
Nachwuchsjournalisten, Paris

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel +49 (0)7141 93 03 0
Fax +49 (0)7141 93 03 50
▶ www.dfi.de
▶ info@dfi.de

Redaktion: Waltraut Kruse
Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Frank Baasner